

«Mehr Sukkurs für François Hollande»

BERLIN. Liberale und Sozialdemokraten sind in den Niederlanden zum Konsens gezwungen, sagt der Politologe Tobias Etzold. Er wertet das unerwartete Wahlergebnis als ein Votum für politische Stabilität.

INTERVIEW: PETER GRANWEHR

Wie interpretieren Sie das ungewöhnliche Wahlresultat in den Niederlanden?

Tobias Etzold*: Es scheint, dass man sich für ein Ende der politischen Experimente entschieden hat. In den letzten Jahren hat das Land alle möglichen Koalitionen erlebt, zuletzt sogar eine Minderheitsregierung, die auf die rechtspopulistische Partei für die Freiheit (PVV) von Geert Wilders als Mehrheitsbeschafferin angewiesen war. Jetzt hat man sich auf die traditionellen Werte besonnen: ein Votum für politische Stabilität und für die politische Mitte, die deutlich gestärkt wurde.

Wieweit hat dabei die Schuldenkrise in Europa eine Rolle gespielt?

Wirtschaftlich spüren die Niederlande die Folgen der Schuldenkrise und sind als Nettozahler wie Deutschland direkt betroffen. Deshalb war im Wahlkampf eine Frage zentral: Wie soll sich die Regierung in diesem Kontext verhalten? Wilders und auf der linken Seite die Sozialisten (SP) versuchten, mit europa-feindlichen Kampagnen zum Erfolg zu kommen. Die etablierten Parteien hielten dagegen und betonten, wie wichtig die EU für das exportorientierte Land ist. Ihr Bekenntnis zu Europa und ihre Bereitschaft, ihren Beitrag zur Bewältigung der Schuldenkrise zu leisten – aber nicht um jeden Preis –, hat die Wählerschaft überzeugt, während ihr Forderungen wie die nach einem Austritt aus der EU zu radikal waren.

Erstmals seit Langem verfügen zwei Parteien zusammen über die absolute Mehrheit im Parlament. Gibt das eine Koalition, die endlich wieder einmal vier Jahre lang durchregieren kann?

Die Voraussetzungen dafür sind im Vergleich zu früheren Jahren sicher gut, auch wenn sich die Liberalen (VVD) unter dem bisherigen Premier Mark Rutte und Diederik Samsoms Sozialdemokraten (PvdA) als Koalitionspartner erst noch finden müssen. Man darf mit harten Verhandlungen rechnen, weil es bei vielen Themen, insbesondere in sozialen Fragen, klare Unterschiede gibt und es daher ohne Kompromisse nicht gehen wird.

Wo liegen die zentralen Unterschiede?

Primär bei den Rezepten gegen Wirtschaftsschwäche und Arbeitslosigkeit: Die VVD wollte bisher einen strikten Sparkurs: höhere Steuern für alle, höheres Rentenalter und das Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Dienst. Die PvdA will zwar auch sparen, aber gleichzeitig der Wirtschaft Wachstumsimpulse verleihen und höhere Steuern nur für Reiche und Unternehmen einführen. Vereinfacht gesagt, spiegelt sich darin der Gegensatz zwischen Angela Merkel und François Hollande.

Die Niederlande praktizierten von aussen betrachtet lange ein Modell von

Konsens und Toleranz, das mit dem Aufstieg der Rechtspopulisten unter Pim Fortuyn und dann Wilders in Frage gestellt wurde. Erleben wir jetzt eine Rückbesinnung auf dieses Modell?

Zunächst: Es gab schon in den 1990er-Jahren Tendenzen, die dieses Modell in Frage stellten. So verschärften die Niederlande als einer der ersten Staaten in Europa 1994 ihr Asylgesetz massiv. Aber jetzt scheinen populistische Strömungen deutlich an Zustimmung verloren zu haben, während die grossen Parteien gestärkt wurden. Die Suche nach Konsens scheint damit wie-

der einfacher zu werden. Allerdings werden die populistischen Meinungen nicht gänzlich verschwinden.

«Merkels purer Sparkurs dürfte vermehrt hinterfragt werden»

Tobias Etzold, SWP Berlin



Nicht gestärkt wurden die Christdemokraten (CDA), die im traditionellen Dreieck von Liberalen, Sozialisten und Katholiken geradezu abfallen. Warum?

Die CDA ist wie 2010 erneut massiv eingebrochen,

nachdem sie ab 2002 acht Jahre lang den Premier gestellt hatte. Die Gründe sind unklar. Vielleicht hatte sie als kleiner Koalitionspartner der VVD Mühe, ihren Platz im Parteienspektrum zu fin-

den und sich Gehör zu verschaffen, und wurde deshalb aufgegeben. In Dänemark hat sich interessanterweise 2011 ein ähnlicher Vorgang abgespielt.

Was bedeutet das Ergebnis für die EU? In seiner Deutlichkeit hat es in Brüssel positiv überrascht. Dass die Populisten verloren, dürfte mit Erleichterung registriert worden sein. Was die Position der Niederlande in der EU betrifft, so darf man sich auf eine in Nuancen neue Politik gefasst machen: Merkels purer Sparkurs dürfte vermehrt hinterfragt werden, während Frankreich mehr Sukkurs erhalten könnte, wenn es um die Ankurbelung der Wirtschaft geht.

*Dr. Tobias Etzold gehört als Politologe zur Forschungsgruppe EU-Integration der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, Schwerpunkt Nordeuropa, und lebte, arbeitete und studierte in den 1990er-Jahren in den Niederlanden.

Zwei Parteien mit Abstand vorne

DEN HAAG. Der Rechtsliberale Mark Rutte bleibt Ministerpräsident der Niederlande. Seine Partei VVD gewann die vorgezogenen Parlamentswahlen. Nach dem vorläufigen Endergebnis erreichte die VVD 41 (+10) der 150 Mandate der Zweiten Kammer des Parlaments. Die sozialdemokratische Partei (PvdA) mit Spitzenkandidat Diederik Samsom gewann neun Sitze dazu und kam auf 39 Mandate. Eine Koalition der beiden Parteien scheint nun unausweichlich.

Den euroskeptischen Parteien erteilten die Wähler eine Absage: Die Partei für die Freiheit (PVV) des Rechtspopulisten Geert Wilders, der im Wahlkampf den Austritt der Niederlande aus der Europäischen Union und dem Euro gefordert hatte, sackte von 24 auf 15 Sitze ab. Die ebenfalls europakritische Sozialistische Partei (SP) blieb stabil mit 15 Mandaten.

Eine historische Niederlage erlitten die Christdemokraten, bisher Partner in der Minderheitskoalition. Sie erhielten noch 13 Mandate, acht weniger als bei den Wahlen 2010. Die linksliberale Partei D66 gewann zwei Sitze hinzu und kam auf 12. Die übrigen fünf Parteien folgten mit grossem Abstand. Die Grünen verloren sieben ihrer bisher zehn Mandate. (sda)



Wohl bald Koalitionspartner: der liberale Ministerpräsident Mark Rutte (links) und der Sozialdemokrat Diederik Samsom. Bild: key